

05.06.1919 - vor 100 Jahren wurde der leitende Verteidiger der Münchner Räterepublik Eugen Levine (SPD/USPD/KPD) hingerichtet.

07.06. - 10.06.1979 - Vor 40 Jahren erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament in den neun Mitgliedsländern der EG. (10.06. in der BRD)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

6. Ausgabe / 29. Jahrgang

13. Juni 2019

Danke!
DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Endgültige Wahlergebnisse.

Quelle: Stadtverwaltung Halle (Saale), Fachbereich Einwohnerwesen, Abteilung Statistik und Wahlen
Bei Prozentangaben können Rundungsdifferenzen auftreten.

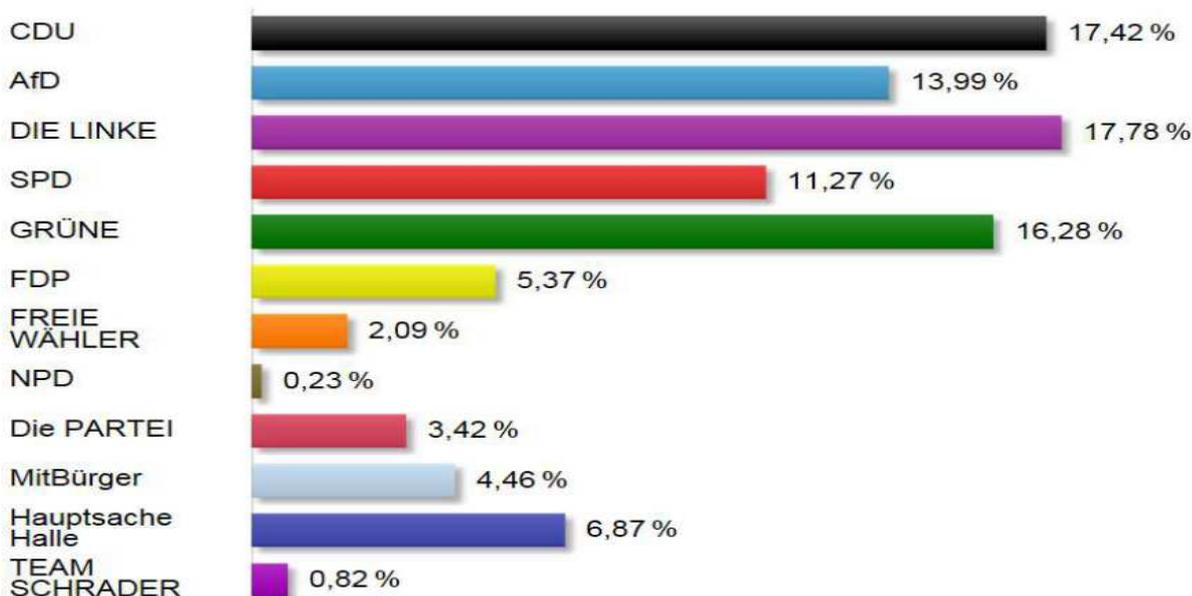
Endgültige Ergebnisse

Wahl des Stadtrates in der kreisfreien Stadt Halle (Saale) am 26. Mai 2019



Ergebnis

155 Wahlbezirke



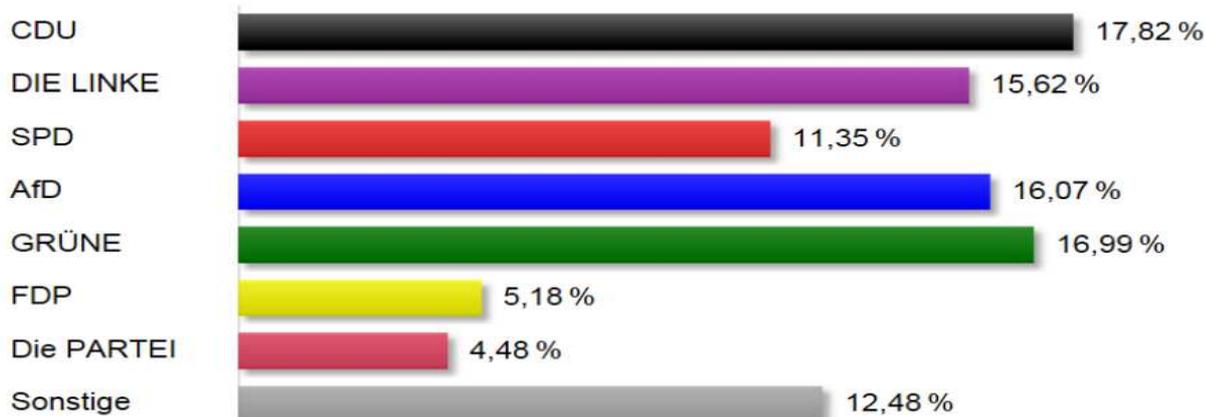
Endgültige Ergebnisse

Wahl zum 9. Europäischen Parlament in der kreisfreien Stadt Halle (Saale) am 26. Mai 2019



Ergebnis

155 Wahlbezirke



Danke allen Wähler*innen, die uns zur Kommunal- und Europawahl in Halle ihre Stimme gegeben haben. Danke allen Kandidat*innen und Mitstreiter*innen für einen engagierten Wahlkampf. Wir freuen uns, dass wir zur Kommunalwahl stärkste Kraft geworden sind. Wir nehmen aber auch mit Demut unsere Verluste hin. Das Gesamtergebnis kann mit Blick auf erstarkende rechte Kräfte kein Grund zum Jubeln sein. Aber wir nehmen die Herausforderung an, damit Halle demokratisch, sozial gerecht, weltoffen und bunt bleibt!

Das Warnsignal ernst nehmen

Erklärung von Katja Kipping im Parteivorstand nach den Wahlen am 26. Mai 2019

Die Wahlen am 26. Mai sind für uns ein Warnsignal, das wir ernst nehmen müssen. Bei einem Wahlergebnis von 5,5 Prozent müssen wir unsere Strategie und Haltung überprüfen.

Wenn unsere Wählerinnen und Wähler glauben, dass ihre Stimme für uns vielleicht richtig, aber irrelevant ist, weil die LINKE nichts verändern kann, dann stagnieren wir oder verlieren. Das ist bei den Europawahlen geschehen.

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft hingegen hat gezeigt, wie wir zulegen können. In Bremen war eine Stimme für die LINKE eine Stimme der aktiven Veränderung. In Bremen hat die LINKE von Anfang an klargemacht, dass sie bereit ist, ihr gutes Programm auch in einer Regierung umzusetzen.

Sie war nah dran an den Alltagssorgen in den Stadtteilen und hat zudem den Mut ausgestrahlt, die Stadt verändern zu wollen. Das hat die LINKE attraktiv



gemacht.

Die starke Differenz zwischen Europawahl und Bremer Wahl lässt sich auch nicht dadurch erklären, dass wir in Städten generell besser abschneiden. Immerhin haben uns in Bremen deutlich mehr Menschen bei den

Bürgerschaftswahlen als bei den Wahlen zum EP gewählt.

GroKo ist jetzt Mikro

Die einst großen Volksparteien sind die großen Verliererinnen der Europawahl. Die GroKo ist jetzt nur noch Mikro. Das wird Auswirkungen haben. Die Parteien stellen sich jetzt auf die ersten Bundestagswahlen nach Angela Merkel ein, wobei die CDU unter AKK nach rechts rückt.

Welche Konsequenzen die SPD aus ihren Verlusten zieht, ist noch offen. Klar ist, dass sie keine Zukunft in einer GroKo hat. Die Frage ist nur noch, welche Regierung kommt danach?

Ich meine, egal ob GroKo, Schwarz-Grün oder Jamaika, eine Regierung mit der Union wird sich weder ernsthaft den Zukunftsfragen stellen, noch die soziale Spaltung überwinden. Insofern braucht es Regierungsmehrheiten links der Union.

Wir als LINKE müssen dazu beitragen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen eine Entscheidungssituation entsteht, in der SPD und Grüne Farbe bekennen müssen: Gehen sie nach links oder gehen sie nach rechts. Das klingt verwegen, aber das ist der Weg, den wir gehen müssen.

Neue gesellschaftliche Dynamik

Die neue gesellschaftliche Dynamik kann uns beim Kampf um neue linke Mehrheiten in die Hände spielen. Nachdem jahrelang rechte Provokationen die Debatte dominierten, stehen nun progressive Themen im Mittelpunkt, wie Klimaschutz oder Vergesellschaftung. Etwas Neues kann beginnen, etwas Neues, das aus der Gesellschaft selbst kommt.

Dies ist den neuen Bürger*innenprotesten zu verdanken. Sei es der Klimastreik, die Seenotrettung oder die zahlreichen Mieter*inneninitiativen.

Diese Initiativen fordern eine radikale Umkehr. Sie fordern eine Politik, die etwas ändert und anpackt. Für uns heißt das: Aus linken Ideen müssen linke Lösungen werden. Wir müssen die Dringlichkeit dieser Zeit in eine dringliche Politik der Veränderung übersetzen.

Glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung

Die extreme Rechte geht leider gestärkt aus den Europawahlen. In einer Vielzahl von Gesprächen in Plattenbaugebieten, vor JobCentern, im Wahlkampf ist in mir eine Überzeugung gereift: Wenn wir den Rechtsruck nachhaltig aufhalten wollen, braucht es die glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung.

Kurzum, dieses Land braucht einen Kurswechsel hin zu einer Linksregierung, die

* die Mitte deutlich besser stellt und alle vor Armut schützt,

* die allen Arbeit garantiert, die zum Leben passt,

* die mit Klimaschutz und Friedenspolitik sicherstellt, dass wir alle eine Zukunft auf dem Planeten haben.

Fahrplan neue linke Mehrheiten

Ich ziehe daraus folgende Schlussfolgerung: Wir müssen jetzt ernsthaft um linke Mehrheiten kämpfen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Dazu gibt es Diskussionsbedarf – in unserer Partei und in der Gesellschaft.

In den kommenden Monaten müssen wir deshalb folgendes anschieben:

* Einen Fahrplan erstellen, wie wir uns für die nächsten Bundestagswahlen strategisch und personell aufstellen. Ob diese Wahlen planmäßig in zwei Jahren oder früher kommen, ist offen.

* Diskussionsformate und Plattformen schaffen, bei denen wir mit gesellschaftlichen Akteuren darüber reden, wie solch ein gesellschaftlicher Kurswechsel aussieht.

* All das muss mit einer Gesprächs- und Demokratisierungsoffensive in der Partei verbunden sein. Denn die Entscheidung, ob DIE LINKE Teil einer Linksregierung werden soll, darf nicht allein von einigen Funktionären getroffen werden, sondern muss von unserer Partei in ihrer Breite und letztlich auch durch eine Urwahl beschlossen werden.

Um mich dieser Aufgabe als Parteivorsitzende mit aller Kraft zu widmen, habe ich mich bereits vor einiger Zeit entschieden, in diesem Sommer nicht für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
06.06.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 04.07.2019

Mir war wichtig, dass wir die Personalfragen um den Fraktionsvorstand aus den Wahlkämpfen raushalten und es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich zuerst den Parteivorstand informiere.

Deshalb sage ich euch heute: Ich will mich jetzt mit aller Energie als Parteivorsitzende darauf konzentrieren, DIE LINKE für die Zeit nach der GroKo aufzustellen und den Kampf um neue linke Mehrheiten aufzunehmen.

Für die Fraktion hoffe ich, dass sich die verschiedenen

Gruppen auf einen Zeitplan und eine Doppelspitze einigen, die möglichst breit getragen werden und dass sie sich auf ein Verfahren einigen, das dem Ernst der Lage gerecht wird.

70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, 30 Jahre nach dem Mauerfall steht dieses Land am Scheideweg. Ich meine, dieses Land muss den Kleintum beim sozialökologischen Umbau hinter sich lassen.

Dieses Land braucht eine starke LINKE für mutigen Klimaschutz, für Friedenspolitik und für einen sozialen Aufbruch.

Dieses Land braucht neue linke Mehrheiten.

Wahlnachbetrachtung – etwas anders!

In seinem Sinne

Im Sinne K. Marx‘:

Eine Idee wird zur materiellen Gewalt,
wenn sie die Massen ergreift.

Es ist zu fragen:

Wo ist die Idee, die bei uns
zu einer solchen reift?

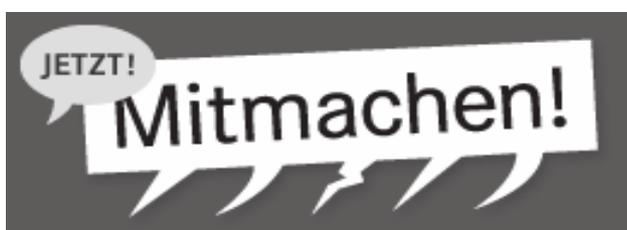
Grüne sagen:

Die eine Idee hat gereicht!

Die Gescheite

Gescheite suchen sie
und schauen in die Weite,
suchen sie
und schauen in die Breite.
Sie braucht den Raum,
sie braucht die Zeit,
das macht sie
gescheit.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord



Die BO Riebeckplatz-Hofjäger lädt ein:

Treffen am 12.06.2019 ab 16 Uhr im Kartoffelhaus Willy-Brandt-Straße 64:

- Einschätzung der Europa- und Kommunalwahlergebnisse,
- Diskussion über die Vorschläge des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert
- Aktuelle Informationen aus dem LV

Gäste sind herzlich willkommen!

Senioren-Café am 26. Juni 2019

Wider das Vergessen:

Exkursion zur Gedenkstätte KZ-Außenlager
Wansleben

Mit Bus, Treff 14 Uhr am LiLa

Anmeldung bis 21. Juni:

- Teilnehmerliste im LiLa oder
- Tel. Höpner 2 839 898 (bzw. 0177/522 8707)

Vorschau:

Senioren-Café am 31.07.19 ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt stellt das Buch
„1919- das Jahr der Frauen“ von Una Hörner
vor (Lichtbilder-Vortrag)

Aus der Stadtratssitzung am 29.05.2019

Ein neuer Stadtrat wurde gewählt, aber noch hat der „alte“ Stadtrat zwei Stadtratssitzungen in dieser Wahlperiode zu absolvieren.

Und die Tagesordnung war auch zur 54. Sitzung des Stadtrates recht voll.

Heftig diskutiert wurde zur Vorlage der Verwaltung „Änderung des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“. Die Verwaltung beabsichtigte, mit der Änderung Klarstellungen zu treffen, um die Verantwortung des Geschäftsführers und die der künstlerischen Leiter deutlicher abzugrenzen. Damit sollte der „Theaterstreit“ zwischen den Geschäftsführern der TOOH und dem Geschäftsführer aufgehoben werden. Diese Vorlage fand aber keine Mehrheit im Stadtrat. Auch der Versuch des Oberbürgermeisters, in dieser Diskussion die Intendanten sprechen zu lassen, schlug fehl. Die Kritik bestand vor allem darin, dass nicht alle Intendanten diese Möglichkeit hätten wahrnehmen können. Darum lehnte der Stadtrat ab.

Beschlossen hat der Stadtrat nun ganz offiziell das Datum der Wahl des Oberbürgermeisters. Es wird der 13.10.2019 sein. Für evt. Stichwahlen wird der 27.10.2019 festgelegt.

Die Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe wurde noch nicht beschlossen. Hier gab es noch einige Fragen, die im Hauptausschuss aufgeworfen waren, zu klären. Wahrscheinlich wird darüber zur Stadtratssitzung am 26. Juni abgestimmt.

Wieder stand der Antrag unserer Fraktion zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle auf der Tagesordnung. Diesem Antrag wurde bereits mehrheitlich im Stadtrat zugestimmt, aber der Oberbürgermeister (OB) hatte Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt, weil er mit unseren Forderungen nicht mitgehen kann, sie als nicht rechtmäßig einstuft. Es musste also wieder abgestimmt werden und der Stadtrat stimmte auch diesmal wieder mehrheitlich zu. Nun muss, wenn der OB bei seinem Widerspruch bleibt, das Landesverwaltungsamt dazu eine Stellungnahme abgeben. Inhalt dieses Antrages ist, dass wir klare Forderungen für das weitere Nutzungsrecht der Garageneigentümer einfordern, weil die jetzigen Nutzungsverträge zum 31.12.2019 enden.

Diskussionen gab es auch zum Antrag, einen Behindertenbeirat in Halle zu gründen. Der Beschluss ist eigentlich längst überfällig. Aber ein paar erklärende Worte. Die CDU-Fraktion brachte diesen Antrag in den Stadtrat ein, uns war aber der „Prüfantrag“ zu wenig und in der Konsequenz entwickelten wir einen Änderungsantrag, in dem wir konkrete Kompetenzen für den Behindertenbeirat einforderten. Die Fraktionen der Grünen und der SPD entwickelten ebenfalls Änderungsanträge. Daraus wiederum entstand, nach nochmaligen Absprachen, ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen. Gemeinsame Anträge sind immer Kompromisse. So entstand u. a., dass aus dem Behindertenbeirat ein „Integrationsbeirat“ (Vorschlag der SPD) wurde. Im Stadtrat steigerte sich der Unmut der CDU letztlich darüber so sehr, dass sie den Antrag zur Gründung des Behindertenbeirates gänzlich zurückziehen wollten. Logischerweise wären dann unsere Änderungsanträge auch weg von der Tagesordnung und das Ende vom Lied wäre gewesen, dass es keinen Behindertenbeirat gäbe. Frühestens in 6 Monaten hätte man einen solchen Antrag wieder einreichen können. Es gab eine Unterbrechung der Sitzung und eine Einigung. Aus dem Inklusionsbeirat wurde wieder ein Behindertenbeirat und der Änderungsantrag wurde in dieser veränderten Form als Kompromiss mit einer deutlichen Mehrheit im Stadtrat angenommen.

Noch immer wird über das Riveufer, den Ausbau der Straße dort und über die Bäume diskutiert. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, dass die Straße am Riveufer auf eine Breite von 4 Metern ausgebaut werden soll. Im vergangenen Jahr hatten wir beschlossen, dass die Breite der Straße nur 3,50 Meter sein soll, damit genug Platz für die dort ansässigen Bäume ist. Das rief auch uns auf den Plan. Wir fordern die Breite von 3,50 einzuhalten, damit die Bäume nicht gefährdet werden. Dazu sind jetzt aus unserer Sicht unbedingt Verhandlungen mit den Fördermittelgebern (Land Sachsen-Anhalt) aufzunehmen. Der Antrag wurde in den Planungs- und Finanzausschuss verwiesen.

Angenommen im Stadtrat wurden unsere Anträge zur Änderung der Verwaltungskostensatzung und zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden.

Ute Haupt

In Berlin und (H)alle dabei – Linke Frauenpower für Halle

Ganz Sachsen-Anhalt wählt rechts-konservativ.

Ganz Sachsen-Anhalt?

Nein.

Die schöne Stadt an der Saale schlägt sich tapfer und DIE LINKE. Halle geht mit 17,78 % eine Haaresbreite vor der CDU (17,42 %) in Führung und gewinnt damit die Wahl. Wir bilden in Prozenten die stärkste Kraft im neu gewählten Stadtrat – wenn auch sehr knapp. Halle bleibt rot, auch wenn drumherum alles schwarz und blau ist. Bei der Sitzplatzverteilung sind wir gleichauf mit der CDU mit jeweils zehn Sitzen im Stadtparlament. Die Grünen haben sowohl auf Europaebene als auch in Halle im Vergleich zu den letzten Wahlen an Stärke gewonnen. Sie kommen mit 16,28% auf neun Sitze. Leider hat die AfD mit 13,99 % acht Sitze für sich gewinnen können. Die SPD, ja, wir haben es alle gesehen ... da wird es wohl viel Reflexion und Arbeit auf allen politischen Ebenen geben müssen.

Keine Frage, auch wir müssen über unsere Verluste bei der Europawahl ernsthaft ins Gespräch kommen und uns reflektieren. Doch ich will heute einen Blick auf unseren tapferen und guten Kampf um Halle werfen, denn wir haben in den letzten Wochen wirklich alles gegeben, um die Hallenser*innen von linker Politik zu überzeugen. Selbst von feigen rechten Attacken haben wir uns nicht einschüchtern lassen. Wir sind standhaft und solidarisch geblieben. Allen Wahlkampfshelfer*innen gilt ein großer Dank für so viel Engagement und Einsatzbereitschaft! Ihr seid großartig. Ohne euch und ohne die vielen Hallenser*innen, die für eine bunte und gerechte Stadt eintreten, hätten wir dieses Ergebnis nicht erreichen können!

Wir haben zwar ein paar Sitze im Stadthaus verloren, doch die, die wir erkämpfen konnten, sind mit einem super Team besetzt. Auch wenn die Ergebnisse vorläufig sind, da alle Gewählten noch ihre Mandate offiziell annehmen müssen, so haben wir – Stand 27. Mai 2019 – unsere Frauenpower¹ halten können, denn von zehn Sitzen gehen sechs an Frauen! Stefanie Mackies, unsere Neue, hat es gleich beim ersten Anlauf geschafft – eben erst eingetreten, schon im Parlament. Anja Krimmling-Schoeffler startet in ihre zweite Legislatur. Sie ist die Grüne unter den Roten und kann nun weitere fünf Jahre dafür sorgen, dass

Halle immer ein Stückchen schöner wird. Auch Katja Müller und Josephine Jahn könnten nun ihre zweite Runde gestalten. Katja nahm bisher kein Blatt vor den Mund und übernahm am Ende der letzten Legislatur sogar den Stadtratsvorsitz. Wird sie ihn auch in der neuen Konstellation anstreben? Wir werden es sehen. Mit Ute Haupt und Marion Krischok sind auch wieder zwei sehr erfahrene Stadträtinnen dabei, die sich mit ganzem Herzen und dem Wir-Gefühl für Halle einsetzen. Komplett ist unser linkes Hochklasse-Team durch Hendrik Lange, Bodo Meerheim, Rudenz Schramm und Thomas Schied, die viel Erfahrung und Durchhaltevermögen mitbringen. Allen Top Ten viel Erfolg, Kraft und gute Ideen für Halle!

Leider haben nicht alle Kandidierenden einen Platz ergattern können und es sind auch aus der nun ehemaligen Fraktion nicht mehr alle dabei. Ihnen gebührt ebenfalls großer Dank für die geleistete Arbeit und das Engagement, das sie bis zum Schluss und über so viele Jahre ehrenamtlich für Halle gegeben haben. Danke an Renate Krimmling, Elisabeth Nagel und Frigga Schlüther-Gerboth, an Sten Meerheim, Dirk Gernhard und Erwin Bartsch für eure erneute Kandidatur und eure geleistete Arbeit als Stadträt*innen. Danke auch an alle anderen, die im Laufe der letzten fünf Jahre Teil der Fraktion gewesen sind – ob als Stadträtin oder Stadtrat, als sachkundige*r Einwohner*in, ob von kurzer oder langer Dauer, ob mit einem stillen oder mit einem lauten Abschied. Ihr habt linke Politik auf eure Weise mitgestaltet!

DIE LINKE. Halle geht im neuen Stadtrat weiblich und selbstbewusst voran. Wie sieht es bei den anderen Parteien aus? Die MitBürger (2?, 1?) und Die PARTEI (1?, 1?) sind sehr gut dabei. Die Grünen (4?, 5?) könnten noch ausbauen, Hauptsache Halle (1?, 3?), die FDP (1?, 2?), SPD (2?, 4?) und CDU (2?, 8?) noch dazulernen. Die AfD (0?, 8?) setzt – wer hätte es anders erwartet – auf Menpower. Die Freien Wähler haben nur einen Kandidaten durchbekommen. Damit haben wir – sofern alle ihre Mandate annehmen – einen Stadtrat mit 56 Plätzen, wovon bisher 19 an Frauen gehen würden. Das ist echt bitter, da noch nicht einmal die Hälfte der Plätze weiblich besetzt wäre. Klar, wer in den Stadtrat gewählt wird, hängt nicht nur von den Listenaufstellungen ab, sondern, wie wir es alle auf den Wahlzetteln gesehen und getan

haben, auch davon, wer gewählt wird. Es handelt sich um eine Personenwahl und am Ende entscheiden die Wähler*innen wem sie ihre Stimme geben wollen. Dennoch gilt: Mehr Frauen auf den Listen, mehr Frauen in den Parlamenten.

Vor 100 Jahren, als die Frauen endlich das Wahlrecht erhielten, gingen in Halle von 66 Plätzen sieben an Frauen. Es ist immer noch viel zu tun! Ich bin überzeugt, dass die linken Kräfte im Stadtrat nicht nur diesen Missstand aktiv beheben und für mehr Vielfalt im Parlament sorgen, sondern auch in den nächsten fünf Jahren für eine solidarische und demokratische Stadt eintreten werden. Halle wird klimafreundlicher, bleibt tolerant und offen. Daran glaube ich fest. Mit linker Politik kann es eine Gesellschaft geben, die auf ein Miteinander statt auf Ausgrenzung, auf Gerechtigkeit statt Ausbeutung, auf Teilhabe statt Ungleichheit baut. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die nächste

Wahl kommt bestimmt und in unserem Fall sogar noch in diesem Jahr. Halle sucht einen neue*n Oberbürgermeister*in. Mit Hendrik Lange schicken wir und das rot-rot-grüne Bündnis einen Kandidaten ins Rennen, der die beste Wahl für Halle ist. Lasst uns nun noch einmal kurz Luft holen, die Ergebnisse vom 26. Mai sacken lassen und dann nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern motiviert und selbstbewusst in den nächsten Wahlkampf um Halles Zukunft starten. Unsere jetzigen Ergebnisse haben auch gezeigt, dass sich dieser Kampf lohnt!

Dr. Petra Sitte

¹Hier ist von Frauen und Männern die Rede, weil die amtlichen Wahlergebnisse noch immer von einem binären und heteronormativen Gesellschaftsbild ausgehen. Natürlich kämpfen wir weiter für die Repräsentanz aller Menschen in den Parlamenten.

Thesen zum Wahltag

Sechs Gedanken, einige Fragen und ein erster Ausblick nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, zur Bremischen Bürgerschaft und zu den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Die Wahlergebnisse bei den Europa-, Bürgerschafts- und Kommunalwahlen lassen uns mit gemischten Gefühlen und nachdenklich in die kommenden Monate gehen. Einerseits freuen wir uns über das hervorragende Ergebnis der Genossinnen und Genossen in Bremen und gratulieren stellvertretend der Spitzenkandidatin Kristina Vogt. Gerade angesichts einer schwierigen Ausgangslage mit einem mobilisierenden Zweikampf zwischen SPD und CDU ist ein zweistelliges Ergebnis wie dort nicht genug zu würdigen. Andererseits sind die Ergebnisse der Kommunalwahlen mitunter ernüchternd, und mit dem Ergebnis der Europawahl kann DIE LINKE nicht zufrieden sein. Eines ist sicher: Am Einsatz unseres Spitzenduos Özlem Demirel und Martin Schirdewan hat es nicht gelegen. Zusammen mit Gregor Gysi, dem Präsidenten der Europäischen Linken, und vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern haben sie beherzt für ein soziales, solidarisches Europa gestritten. Dafür möchte ich mich als Parteivorsitzender bei ihnen und bei allen anderen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern bedanken.

Sodann möchte ich einige Gedanken anführen, die mir für die weitere Diskussion über das Wahlergebnis wichtig erscheinen. Dabei geht es mir weniger um



Vollständigkeit, als um Anstöße für eine kritische und solidarische Diskussion, an der sich hoffentlich viele Mitglieder beteiligen werden.

1. In der gesamten EU findet eine Polarisierung statt. Europa ist wirtschaftlich und politisch gespalten. Die ehemals großen Volksparteien fahren teils dramatische Verluste ein. Nahezu alle Linksparteien verlieren ebenfalls, unabhängig davon, ob sie mit einem besonders EU-kritischen oder Europa-freundlichem Wahlkampf angetreten sind. Hingegen profitieren leider vornehmlich Neoliberale, Grüne und Rechte. Antworten auf die Herausforderungen der Zeit haben sie nicht, es ging fast ausschließlich um abstrakte Bekennnisse für oder gegen Europa. Unterschiede in

der Programmatik wurden so in der öffentlichen Debatte kaum deutlich. DIE LINKE hat es nicht vermocht, diese Dynamik umzukehren und den Wahlkampf inhaltlich zu prägen.

2. Von den Schülerinnen und Schülern ist diese Wahl zur Klimawahl gemacht worden. Zwar haben wir als DIE LINKE das Thema der Klimagerechtigkeit stark betont, aber die Stimmen der jungen Wählerinnen und Wähler gingen mehrheitlich an die Grünen, deren vorgebliches Markenzeichen dieses Thema seit Jahrzehnten ist. Nur 2 Prozent der Wählerinnen und Wähler schreiben unserer Partei beim Thema Klimaschutz Kompetenzen zu - während sie uns bedeutend mehr Kompetenzen in punkto soziale Gerechtigkeit zutrauen (plus 4 auf 15 Prozent). Das widerlegt im Übrigen auch die Behauptung, DIE LINKE hätte zu wenig auf soziale Themen gesetzt. Vielmehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Mehrheit der Gesellschaft den Klimaschutz als die existenziellere Aufgabe empfindet. Unsere Herausforderung ist nun, dass die Zusammenführung der Positionen für radikalen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als selbstverständlich angesehen wird und nicht als „Klimaschutz, aber...“ wahrgenommen wird. Damit durchzudringen, braucht seine Zeit, ist aber meines Erachtens unumgänglich.

3. Der monatelange Richtungsstreit nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 sorgte dafür, dass DIE LINKE nach außen ein zerstrittenes Bild abgegeben hat und Zweifel an unseren Positionen in Migrationsfragen aufkamen. Das hat einerseits dazu geführt, dass die Grünen sich als weltoffener Gegenpart zur rassistischen AfD profilieren konnten. Der positive Trend beim Mitgliederzuwachs und in den Umfragen wurde so zunächst gestoppt, vor allem hat es aber viele Mitglieder verunsichert und erschöpft. Es ist daher umso wichtiger, sich wieder stärker auf gemeinsame, in der Partei breit getragene Projekte zu orientieren.

4. Die Ergebnisse für DIE LINKE sind bei Europawahlen traditionell niedriger als bei Bundestagswahlen, auch aufgrund der deutlich schwächeren Wahlbeteiligung. Bei der Europawahl 2014 erzielten wir 7,4 Prozent (ca. 2,17 Mio. Stimmen, Wahlbeteiligung: 48 Prozent), bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor hatten wir noch 8,6 Prozent (ca. 3,76 Mio. Stimmen, Wahlbeteiligung; 71 Prozent). Noch deutlicher fiel die Differenz 2009 aus: Bei der Europawahl holten wir 7,5 Prozent (ca. 1,97 Mio. Stimmen, Wahlbeteili-

gung: 43 Prozent), bei der Bundestagswahl einige Monate später waren es 11,9 Prozent (ca. 5,16 Mio. Stimmen, Wahlbeteiligung; 71 Prozent). Diese Trends spiegeln sich auch im aktuellen Wahlergebnis wieder: Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte DIE LINKE 9,1 Prozent (ca. 4,3 Mio. Stimmen, Wahlbeteiligung: 76 Prozent), bei der Europawahl nun 5,5 Prozent (ca. 2,06 Mio. Stimmen, Wahlbeteiligung: 61 Prozent). Dabei macht sich für uns besonders bemerkbar, wie stark die Wahlbeteiligung vom Einkommen abhängt: Je höher das Einkommen, desto wahrscheinlicher ist der Gang an die Wahlurne. Das ist ein reales soziales Demokratiedefizit der Europawahl, auf das wir reagieren müssen.

5. Im Vergleich zur vorherigen Europawahl haben wir in den West-Bundesländern mit einer Ausnahme leicht an absoluten Stimmen gewonnen, prozentual aber auch verloren oder stagnieren. Die Einbrüche in den östlichen Bundesländern sind jedoch großteils dramatisch. Dies stellt die gesamte Partei vor eine Herausforderung. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die Wählerinnen und Wähler die verschiedenen Ebenen unterscheiden und dies noch keine Vorentscheidung für die kommenden Landtagswahlen bedeutet. Dort gilt es nun mit ganzer Kraft für bessere Wahlergebnisse zu kämpfen.

6. Der Erfolg der Kleinparteien ging auch zulasten unserer Partei. Selten zuvor war der Stimmanteil für Parteien, die gegenwärtig nicht im Bundestag vertreten sind, so hoch wie bei dieser Wahl mit 12,9 Prozent. Die fehlende 5-Prozent-Hürde lässt diese Stimmen nicht „verloren“ gehen. Wir müssen daher in Zukunft besser begründen, warum es einen Unterschied macht, DIE LINKE als relevanten Akteur für die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu unterstützen - im Übrigen auch über Wahlen hinaus.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass sich das Wahlergebnis nur unzureichend als Gradmesser für aktuelle gesellschaftliche Stimmungen und Entwicklungen eignet. Eindeutig ist der Wunsch nach schnellem politischem Handeln beim Klimaschutz geworden. Das haben wir den Schülerinnen und Schülern von „Fridays For Future“ zu verdanken. Darüber hinaus gibt es nach dem jahrelangen Aufstieg der Rechten aber auch endlich wieder gesellschaftliche Debatten um Enteignung und einem neuen Sozialismus, in denen wir als DIE LINKE noch stärker eine

Rolle spielen müssen. Wir stehen daher vor vielen Fragen und wollen euch um eure Meinungen bitten: Wie können wir die Forderungen nach Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit zu einer konkreten Utopie der Systemalternative verbinden?

Wie machen wir noch besser deutlich, dass man beim Klimaschutz zugleich die Eigentumsfrage stellen und sich mit den großen Konzernen und mächtigen Wirtschaftsinteressen anlegen muss?

Gelingt uns die Verbindung zu den Kämpfen um bessere Arbeit, die zum Leben passt, beispielsweise durch Umverteilung von Arbeitszeit (was laut neue-

sten Studien auch dem Klima zuträglich ist)?

Viele Menschen spüren, dass es grundlegende Veränderungen verbraucht und kleine Reformen nicht reichen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Die Resonanz auf unsere Kampagnen gegen den Pflegenotstand und für bezahlbares Wohnen zeigen das ebenso wie die Pflege-Volksbegehren und die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“. DIE LINKE hat als Teil dieser Bewegungen eine gesellschaftliche Verantwortung, der wir weiterhin und noch stärker gerecht werden wollen.

Schirdewan neuer Vorsitzender der LINKEN im EP

Gestern Abend wählten die neuen DIE LINKE.-Europaabgeordneten Martin Schirdewan zu ihrem Sprecher und Vorsitzenden der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament:

„Für uns stehen der Kampf für bezahlbaren Wohnraum in der EU und in Europa, für gerechte Besteuerung der Konzerne, für eine zukunftsichernde Klimapolitik, für zivile Seenotrettung, die Wahrung der Grundrechte und für eine friedliche Außenpolitik weiterhin an erster Stelle,“ erklärte Martin Schirdewan nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der DIE LINKE.-Delegation im Europäischen Parlament.

Schirdewan weiter: „Wir haben am Wahlabend Verluste eingefahren. Die Analysen dazu laufen und sind noch lange nicht beendet. Aber wir haben von über zwei Millionen Wähler*innen den Auftrag erhalten, uns für ihre Interessen einzusetzen und das werden wir entschlossen tun. Es bleibt schließlich nicht mehr viel Zeit, um eine entscheidende Umkehr in der Klima-



politik umzusetzen. In der EU leben laut dem europäischen Statistikamt Eurostat 113 Millionen Menschen in Armut oder sind davon bedroht. Anstatt in Strukturwandel und die Zukunft zu investieren, werden ganze Landstriche kaputtgespart. DIE LINKE. will das ändern.“

Neuwahl Sprecher*innenrat Ortsverband Mitte

Am 21.05.2019 hat der Ortsverband Mitte einen neuen Sprecher*innenrat gewählt. Für die nächsten zwei Jahre werden Stefanie Mackies, Lydia Roloff, Jens Breitengraser, Frederic Claus und Dirk Gernhardt den Ortsverband vertreten und organisieren. Wer sich auch einbringen will oder an den Sitzungen des Sprecher*innenrates teilnehmen möchte, kann sich gern bei uns melden: OV.Mitte@dielinke-halle.de, 0176/64255844.

Mit solidarischen Grüßen

Der Sprecher*innenrat OV Mitte

und hier mal noch ein paar Termine vom OV Mitte
Der Ortsverband Mitte lädt ein:

1.) Nächste Sitzung des Ortsverband Mitte
16.07. 18 Uhr Linker Laden (Leitergasse 4)

2.) Picknick des Ortsverband Mitte
14.07. 14 Uhr Würfelwiese

gern könnt ihr euch bei uns melden, wenn ihr uns bei der Vorbereitung helfen wollt: OV.Mitte@dielinke-halle.de, 0176/64255844

Mit solidarischen Grüßen

Der Sprecher*innenrat



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juni Geburtstag haben.



Post von Lene

Hallo, liebe Linke, geschafft - die Wahlen sind vorbei, und wir Linken haben trotz AfD (bleibt für mich eine saudoofe Truppe) die meisten Prozente bei der Stadtratswahl gekriegt. Oma sagt, Halle ist zwar der rote Fleck auf der schwarzen Karte, aber bei der letzten Wahl haben uns noch über 1000 mehr Leute gewählt. Woran das lag, müssen wir Linken noch rauskriegen.

Naja, wir werden das auf jeden Fall auch in unserer LAL-Koalition (Leo/Anton/Lene) genau besprechen, denn wir drei haben mitgeholfen, unsere kleinen roten Karten für die Briefwahl in die Briefkästen zu stecken. Und das war schon wichtig, oder?

Ich bin gespannt, ob der AfD-Raue im Stadtrat mal was anderes rausposaunt als „Ausländer raus, dann hat die Stadt genug Knete für die Schulen, Straßen, Kitas...“ Wir werden ja sehen! Wir haben alle noch viel zu überlegen, denn im Herbst wird der neue Oberbürgermeister von Halle gewählt. Ich mag den Herrn Wiegand nicht, weil er ziemlich überheblich ist. Beim Belauschen von Gesprächen habe ich nämlich mitgekriegt, dass dem ziemlich egal sein soll, ob der Stadtrat seiner Meinung ist oder nicht. Und so was nennt sich vielleicht noch Demokrat! Ich finde es spitzenmäßig und einmalig, dass wir Linken, die SPD und die Grünen es geschafft haben, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Und das ist unser Linker aus HaNeu, Hendrik Lange! Vielleicht wäre wieder Briefkastenaktion cool mit Kärtchen, auf denen ein Bild von Hendrik ist und draufsteht, was er gemeinsam mit den Stadträten in Halle erreichen will und wie. Wir als LAL könnten ja wieder bei dieser Aktion helfen.

Naja, ein bisschen Schleichwerbung in unserer Klasse wäre vielleicht auch nicht schlecht. Ich bespreche ja auch so manchen Poltikdinge mit meinen Eltern oder Großeltern Das würden in unserer Klasse sicher auch einige Mitschüler machen.

So, nun will ich doch noch was zur Schule loswerden. Bis jetzt sieht es mir rein zensurenmäßig ganz gut aus.



In Mathe konnte ich mich auf eine glatte Zwei verbessern. Nach wir vor machen mir Deutsch, Musik und Bio den meisten Spaß. Ich singe im Schulchor mit - da geht es nicht nur um die Melodie, sondern auch um Texte. Ablesen kann man ja schlecht bei einer Aufführung, das sähe ziemlich dämlich aus, findet nicht nur unsere Musiklehrerin, sondern auch meine Eltern. Naja, Gedichte lerne ich ja auch auswendig, Melodien kann ich mir wesentlich schneller einprägen. Das ist schon nötig, weil wir mehrstimmig im Chor singen. Bisher haben wir vor allem alte Volkslieder in unserer Aula aufgeführt (vor den Eltern und anderen Verwandten und Bekannten.) Da haben wir viel Beifall gekriegt und wir waren einigermaßen stolz auf unseren Gesang.

Beim Sport macht mir vor allem Geräteturnen Freude - am meisten auf dem Schwebebalken - die Standwaage und die Rolle rückwärts darauf schaffe ich ohne Wackler. Demnächst ist Handstand mit Abrollen erst mal auf dem Boden und dann auf dem Schwebebalken dran. Ich denke mir, dass ich auch mutig genug sein werde, über das Pferd längs zu hechten. Meine beiden Kumpel sind mehr für Leichtathletik zu haben. Kann ich ja verstehen, sie haben beim Laufen und Weitsprung recht gute Ergebnisse (natürlich auch im Vergleich zu mir) erreichen können.

So, nun will ich mit dem Briefschreiben aufhören. Ich muss noch meinen Aufsatz ins Reine schreiben, damit ich ihn morgen pünktlich abliefern kann.

Tschüss
Eure Lene

Am 19. Juni 2019, ab 17:00 Uhr trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) im Linken Laden zur Diskussion über den Ausgang der Wahlen vom 26. Mai 2019.

**Motto des CSD Halle (Saale) 2019:
50 Jahre Stonewall - Erinnern heißt aktiv sein!**

Aufruf zur Mitwirkung

Am Sonnabend, den 7. September 2019 findet der diesjährige Christopher Street Day in Halle (Saale) statt, den das BBZ „Lebensart“ e.V. und die AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V. arbeitsteilig in Kooperation veranstalten.

Das Motto „50 Jahre Stonewall - Erinnern heißt aktiv sein!“ soll eine Rückschau in die jüngere Geschichte des weltweiten Kampfes gegen die Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung homo- und bisexueller, inter- und transgeschlechtlicher sowie nicht-binärer Menschen anregen.

Das Motto soll zudem mahnen, nicht nachzulassen im Engagement um gesellschaftliche Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft zeigen einen sehr beunruhigenden Trend, geschlechtliche und sexuelle Minderheiten unsichtbar zu machen, abzuwerten und zu entrechten sowie veraltete Geschlechterrollenbilder wieder in der Gesellschaft zu verankern.

Das CSD-Motto lehnt sich am Motto der diesjährigen Bildungswochen gegen Rassismus an, welche „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ veranstalteten.

Dass der CSD in Halle (Saale) daran anknüpft, drückt unseren Anspruch aus, über den eigenen LSBTIQ-Tellerrand zu blicken. Wir stellen die Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Mittelpunkt, wollen aber auch andere Ungleichheiten, Benachteiligungen und Diskriminierungen in der Gesellschaft nicht außer Acht lassen!

Auf verschiedene Weise wollen wir das Motto „50 Jahre Stonewall - Erinnern heißt aktiv sein!“ mit Leben erfüllen.

Wir rufen auf:

Lasst uns Ideen und Angebote zur Umsetzung des Mottos für die CSD-Demonstration und das CSD-Straßenfest am 7. September zukommen.

Sprecht oder ruft uns an bzw. schreibt uns eine E-Mail.

Wir erinnern uns:

Im New York der 1960er Jahre gehörte es zum Alltag, dass die Polizei in legalen Bars für homosexuelle und transgeschlechtliche Menschen Razzien durchführte. Die Besucher*innen wurden untersucht und schikaniert, öffentlich bloßgestellt und auch Opfer von Übergriffen. Die Ängste der Betroffenen, ihrer Familien und Freund*innen waren groß und trotz alledem wuchs der Wille, für Anerkennung und Schutz zu kämpfen. Nach einer erneuten Razzia der Polizei war in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 ein Punkt erreicht, dass die Besucher*innen der Bar "Stonewall Inn" in der Christopher Street zum aktiven Widerstand griffen. Dabei waren vor allem Lesben, Schwule, Transsexuelle und Transvestiten und vor allem Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe, die People of Colour. Mit Unterstützung vieler wurde die Christopher Street belagert. Mit diesem Aufstand wurde eine neue Emanzipationsbewegung geboren.

In den darauf folgenden Wochen bildete sich aus dieser neuen Bewegung in den USA die "Gay Liberation Front" (GLF) als Organ und Interessenvertretung der Lesben und Schwulen. Ihre Parole lautete "Gay Power" in Anlehnung an die "Schwarzenbewegung" und dessen Parole "Black Power".

Sie war zudem die erste Organisation, die das damals verpönte Wort "gay" in ihrem Namen trug, wodurch der neu gewonnene Stolz und die neue Stärke zum Ausdruck gebracht werden sollte. Die GLF organisierte zum Gedenken an den Stonewall-Aufstand ein Jahr danach (am 28.6.1970) einen Marsch in New York vom Greenwich Village zum Central Park, den Christopher Street Gay Liberation Day. An diesem nahmen mehrere tausend Menschen teil, womit die Tradition der Demonstrationen für die Rechte von Homosexuellen begann. Zeitgleich gab es auch Demonstrationen in San Francisco und Los Angeles.

Am 29. April 1972 wurde in Münster eine erste größere Lesben- und Schwulen-Demonstration in der damaligen Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Im Jahre 1979 zog (West)Berlin zeitgleich mit Bremen mit einer Demonstration für die Rechte von homosexuellen Menschen nach. In Deutschland etablierte sich schnell die Kurzform des ursprünglichen Protesttag-Namens: Christopher Street Day. Diese Bezeichnung ist jedoch nur in Deutschland und der Schweiz so gebräuchlich, weltweit spricht man eher von der Gay Pride oder der Pride Parade.

Der CSD ist mittlerweile ein bunter Aktions- und Feiertag von LSBTIQ, deren Angehörigen, Freund*innen und Unterstützer*innen. In vielen Städten der Bundesrepublik finden über den ganzen Sommer verteilt CSD's statt, auf denen Gleichstellung und Akzeptanz eingefordert werden.

Die Geschichte des CSD in Sachsen-Anhalt ist inzwischen fast 23 Jahre alt. Nach den CSD 1996 in Magdeburg, 1997 in Halle und 1998 in Dessau gab es seit 2001 die SchwuLesBischen Straßenfeste in Halle sowie seit 2000 das Liebigstraßenfest in Magdeburg. Seit Jahren findet der CSD in Magdeburg nun auf dem Alten Markt statt. In Halle ist seit 2009 der Marktplatz der Ort des CSD-Straßenfestes und seit letztem Jahr gibt es auch wieder eine CSD-Demonstration.

AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V.
Tel.: 0345-5821270
E-Mail: info@halle.aidshilfe.de

BBZ „lebensart“ e.V.
Tel.: 0345-202 33 85
E-Mail: bbz@bbz-lebensart.de

E-Mail für CSD: info@csdhalle.de

Erstellt von: Ants Kiel (BBZ „lebensart“ e.V.), 02.05.2019

Liebe AG-Demo, liebe Bündnismitglieder,
die „Identitäre Bewegung“ Deutschland ruft für den 20. Juli 2019 zu einer Demonstration in Halle (Saale) auf. Unter dem Motto „Europa verteidigen! Es bleibt unsere Heimat“ soll die rassistische Hetze der selbsternannten Bewegung auf die halleschen Straße getragen werden. Startpunkt soll der Hauptbahnhof um 12 Uhr sein.

Klar ist, dass wir diesen Aufmarsch nicht unkommentiert lassen! Wir werden - wie bei jedem größeren Naziaufmarsch - Gegenprotest organisieren.

Wir haben mit der erfolgreichen Kampagne zum 1. Mai 2017 - Naziaufmarsch in Halle? Lläuft nicht!“ - eine gute Grundlage, um schnell eine größere

Kampagne gegen die rechte Mobilisierung der Identitären in Halle zu organisieren. Lasst uns gemeinsam auf der Straße deutlich machen, dass die Identitäre Bewegung in Halle isoliert ist und das rechtsextreme Hausprojekt in der Adam-Kuckhoff-Straße gescheitert ist.



+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 22.-24.05.2019

#Verfassungsjubiläum

Dreifaches Verfassungsjubiläum „70 Jahre Grundgesetz – 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung – 100 Jahre Verfassung von Anhalt“

Anlässlich des dieses dreifachen Verfassungsjubiläums haben sich die Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt auf eine Aktuelle Debatte verständigt. Für die Fraktion DIE LINKE sprach Eva von Angern: „Das Grundgesetz ist in seinen zentralen Regelungen nicht ohne die Verfassung von Weimar und die durch sie errichtete Verfassungsordnung ist nicht ohne ihren Untergang in den Flammen der faschistischen Diktatur des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges zu verstehen. Symbole dieses Untergangs der Zivilisation in den Flammen der Barbarei gibt es viele.“ Sie erinnerte daran, dass das jetzige gesamtdeutsche Grundgesetz das der Bundesrepublik Deutschland sei und führte weiter aus: „Eine Verfassung, der man beitrifft, kann in dem Teil von Staat und Gesellschaft, der beitrifft, nicht in dem Maße Identität stiften, wie es eine gemeinsam ausgearbeitete, diskutierte, erstrittene, im Kompromiss ausgehandelte gesamtdeutsche Verfassung hätte leisten können. [...] Ich befürchte auch, dass wir hinsichtlich der Akzeptanz des Grundgesetzes und der durch sie gestalteten Verfassungsordnung im Osten Deutschlands noch heute unter dieser politischen Fehleinschätzung leiden.“ Zugleich lobte sie: „Das Grundgesetz ist in bemerkenswerter Weise frei von Ideologien und Dogmen, ohne dadurch auch frei von Werten zu sein. Es ist offen, ohne entgrenzt oder gar beliebig zu sein. [...] Diesen weltanschaulich offenen Rahmen, der sich auf die Überzeugung von der gleichen Würde der Menschen und eben nicht nur der Deutschen sowie auf einen antifaschistischen und antistalinistischen, zutiefst prorepublikanischen Konsens stützt, wollen wir Linke bewahren. So begreifen wir echten Verfassungsschutz.“

Kinder und Jugendliche

Rettet die Seepferdchen – Schwimmbadfonds auflegen

Nur drei von vier Grundschulern in Sachsen-Anhalt sind nach der vierten Klasse sichere Schwimmer. Die Defizite bei den Schwimmfähigkeiten von Kindern und Jugendlichen wachsen laut statistischen Erhebungen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) seit Jahren. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Auflegung eines Schwimmbadfonds aufzulegen, dem 2020 und 2021 jeweils 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, den Sanierungstau bei öffentlichen Schwimmbädern zu reduzieren, dauerhaft eine wohnortnahe und barrierefreie Schwimmbadinfrastruktur vorzuhalten und den Schwimmunterricht für alle Kinder abzusichern. Zudem sollen die Kommunen aktiv dabei unterstützt werden, durch die dauerhafte Präsenz von Rettungsschwimmern und Fachangestellten für Bäderbetriebe die Absicherung des Schwimmbadbetriebs zu gewährleisten.

Jugendarbeit

Vereinsarbeit sichern - Förderungen pünktlich auszahlen

Die Ausreichung von Fördermitteln für Verbände und Vereine war bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Problem, weil die Mittel oft erst im II. oder III. Quartal ankamen.

Dies hat sich trotz Bekundungen der Landesregierung in dieser Legislaturperiode nicht gebessert. Die zu späte Bewilligung und Auszahlung von Mitteln treibt Träger im Bereich der Jugendarbeit in existenzielle Nöte und gefährdet Arbeitsplätze. DIE LINKE fordert daher künftig eine pünktliche, auskömmliche und verlässliche Förderung. Zuwendungsbescheide müssen vor Beginn des Zuwendungszeitraums, spätestens jedoch im I. Quartal bewilligt werden. Das Engagement zahlreicher Träger in unserem Bundesland ist Ausdruck einer starken Zivilgesellschaft. Ihre Arbeit ist eine unerlässliche Grundlage der Jugendhilfe in Deutschland.

#Jugend und Europa

Jugendaustausch: Europa erleben - Europa stärken

Die Fraktion DIE LINKE will eine Initiative „Europa erleben – Europa stärken!“ ins Leben rufen. Ziel ist, dass spätestens 2025 möglichst jeder junge Mensch Sachsen-Anhalts die Chance hat, im Lebensabschnitt seiner Schullaufbahn, Berufsausbildung oder in der Studienzeit, jedoch mindestens einmal vor seinem 25. Geburtstag, den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können. Dies dient der Entwicklung einer weltoffenen Einstellung von Kindern und Jugendlichen. So können sie aktiv und in positivem Sinne an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben und haben die Möglichkeit der Begegnung mit Menschen in anderen Ländern. Damit soll insbesondere bisher benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu europäischen Austauschmaßnahmen eröffnet werden.

#Aktuell debattiert

Wir müssen über die Vergesellschaftung des Reichtums reden!

Marktversagen, Staatsversagen und die Missachtung des Leistungsprinzips lassen die Kapitalismuskritik wachsen. Dies verstärkt den Ruf nach staatlicher Absicherung sozialer Grundbedürfnisse. Denn die Menschen merken: Der schnell wachsende Reichtum von Wenigen schafft immer mehr Armut bei denjenigen, die ihn erarbeiten. Wenn die Konzentration von immer mehr Kapital in immer weniger Händen den Wohlstand von immer größeren Teilen der Gesellschaft verhindert und bedroht, wird es Zeit für eine neue Wirtschaftsverfassung, die die soziale Sicherheit für die tatsächlichen Leistungsträger der Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellt. Die Wirtschaft in Deutschland muss wieder dem Primat der Demokratie untergeordnet werden. Artikel 15 des Grundgesetzes eröffnet dabei einen Weg, das Gemeineigentum und die Gemeinwirtschaft zu stärken. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

#Regional

Grube Teutschenthal

Auch auf einem erneuten Treffen der Bürgerinitiative zwischen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Vertreterinnen und Vertretern wurde deutlich, dass die Einschränkungen an der Grube Teutschenthal durch die Geruchsbelästigungen nicht komplett abgestellt worden seien, moniert die Fraktion DIE LINKE. Im Rahmen eines eigenen unabhängigen Gutachtens soll auf Antrag der Linken kontinuierlich die direkt am Schacht Angersdorf austretende Luft untersucht werden. Die angelieferten und eingelagerten Stoffe sind durch landeseigene Kontrollen lückenlos zu dokumentieren und die zugelassenen und tatsächlich durch das Dickstoffverfahren durchgeführten Mischungen in der chemischen Zusammensetzung sind der Öffentlichkeit transparent darzustellen.

Meine, unsere, wessen Daten? – im Gespräch mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten

Welchen Stellenwert haben Datenschutz und Informationsfreiheit in der Politik?

Was bringt die Datenschutzgrundverordnung mit sich?

Was bedeutet Selbstbestimmung im Zeitalter von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz?

Brauchen wir neue Regeln für neue Medien, und wenn ja, welche?

Im Zeitalter von „Big Data“ gilt manchen der Datenschutz schon als veraltet – anderen hingegen als gerade die richtige Antwort auf neue Herausforderungen. Wer auf welche Daten zugreifen darf und was damit getan werden kann, ist jedenfalls eine zentrale Machtfrage der heutigen Gesellschaft.

Wie der Schutz persönlicher Daten ebenso wie der Zugang zu öffentlichen Daten vor diesem Hintergrund aussehen kann und was das konkret für die Politik wie für uns alle bedeutet, darüber spricht Petra Sitte mit Ulrich Kelber, dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Ulrich Kelber

Geboren am 29. März 1968 in Bamberg, verheiratet, fünf Kinder, Diplom-Informatiker

1987-1993 Studium Informatik und Biologie in Bonn

1993-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter GMD – Forschungszentrum Informationstechnik,

1996-2002 Wissensmanagement-Berater bei einer IT-Firma (Sept. 2000 bis Sept. 2002 beratend)

2000-2019 Mitglied des Bundestages

2005-2013 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Themen Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Nachhaltigkeit

2013-2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

seit Jan. 2019 Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Meine, unsere, wessen Daten?
im Gespräch mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten

Organisatorin:
Dr. Petra Sitte
Abgeordnete aus Halle
stellvertretende Fraktionsvorsitzende
der LINKEN im Bundestag

Ulrich Kelber
Bundesbeauftragter für den
Datenschutz und die
Informationsfreiheit

Petra Sitte
Mitglied des Bundestages

Diskurs!

PUSCHKINHAUS
PUSCHKINSAAL
Kardinal-Albrecht-Str. 6
06108 Halle (Saale)

DONNERSTAG,
13. Juni
BEGINN: 18 UHR

DIE LINKE.



Altes und Neues - Bekanntes und Unbekanntes rund um den LiLa

Im Rahmen des 5. Sommerfestes des Stadtverbandes DIE LINKE.Halle (Saale) am **05.07.2019** bieten wir unter obigem Motto eine Stadtführung mit dem Stadtführer Hans Joachim Gunkel an.



16:00 Uhr soll es am Linken Laden losgehen und die Gegend erkundet werden.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wir bitten euch um Unterstützung

Auch dieses Jahr wollen wir wieder ein buntes Sommerfest am Linken Laden feiern.

Kommt also zahlreich am Freitag, den 5. Juli ab 14:00 Uhr zu uns.

Damit wir eine reichgedeckte Kaffeetafel und zum Abendhinein vielfältiges Büfett haben, wäre es großartig, wenn ihr Kuchen, Torten oder Kekse backen könntet oder für abends einen Salat, Häppchen oder Snacks mitbringt.

So haben wir sicherlich für jede und jeden etwas dabei.

Vielen Dank!

Bitte meldet euch unter 0345/2025590, wenn ihr etwas mitbringen wollt. Und wenn ihr Unterstützung beim Transport braucht, werden wir das koordinieren.

